

Norddeutsche Verkehrsminister wollen verkehrspolitische Interessen gemeinsam vertreten

Bei der Konferenz der norddeutschen Wirtschafts- und Verkehrsminister bzw. -senatoren heute in Rostock berieten die Ressortchefs unter anderem über die vom Bund geplante Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie den Ausbaubedarf bei der norddeutschen Verkehrsinfrastruktur.

Dabei bestand Einvernehmen, dass die Länder an der Ausgestaltung der WSV-Reform beteiligt werden müssen. Statt der vom Bund geplanten Kategorisierung der Wasserstraßen auf der Grundlage von Gütertonnen spricht sich die Konferenz dafür aus, das Instrumentarium der Kosten-Nutzen-Analysen konsequent anzuwenden.

Bereits in der Vergangenheit hatten sich die norddeutschen Bundesländer auf eine gemeinsame Liste der für den Norden besonders wichtigen Schienen-, Straßen- und Wasserstraßenprojekte verständigt (Ahrensburger-Liste).

Weitere Themen der Konferenz waren die Lage der Seeschifffahrt, Perspektiven im Schiffbau, Stromnetze, Ausbau der Offshore-Windenergie sowie europäische Verkehrsthemen.

Im Rahmen der Tagung der Minister und Senatoren aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern fand auch ein Gespräch mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Norddeutschland statt. Dabei ging es um aktuelle Entwicklungen in der europäischen Ver-

kehrspolitik, wie etwa die Weiterentwicklung der transeuropäischen Verkehrsnetze.

WSV-Reform

Das BMVBS hat seinen 2. Bericht an den Deutschen Bundestag zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vorgelegt.

Danach hat sich an der vorgeschlagenen Kategorisierung der Bundeswasserstraßen nichts geändert.

Der Bericht enthält erste Überlegungen zur Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf der Grundlage der vorgeschlagenen Netzstruktur.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wird sich auf seiner Sitzung am 11. Mai 2011 mit dem Bericht befassen.